

O du großzügige



Spenden. Inflation und Energiekrise prägten die Wirtschaftslage, dennoch gaben die Deutschen 2022 einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens für den guten Zweck ab – und spendeten sogar mehr als in den Jahren zuvor. Vor allem in der Adventszeit zeigten sich viele Menschen solidarisch. Über höhere private Geldspenden im Dezember 2022 freuten sich auch die deutschen Tafeln. Bei den Lebensmittelspenden sah und sieht das jedoch anders aus: Weniger Sachspenden seitens des Handels treffen auf eine steigende Zahl bedürftiger Menschen. Wie die Tafeln damit umgehen, erzählt Sirkka Jendis, Geschäftsführerin der Tafel Deutschland, im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Long Covid

Unternehmen sollten Beschäftigte, die an Long Covid erkrankt sind, bei der Rückkehr in den Arbeitsalltag unterstützen – zum Beispiel durch flexible Arbeitszeiten.

—> [Seite 7](#)

Immobilien

Die Bundesregierung verfehlt derzeit deutlich ihr Ziel, jedes Jahr 100.000 neue Sozialwohnungen zu bauen. Der tatsächliche Bedarf ist allerdings unklar.

—> [Seiten 8-9](#)

Geben macht glücklich

Spenden. Die Vorweihnachtszeit ist für Hilfsorganisationen ähnlich wichtig wie für den Einzelhandel, denn in diesen Tagen sitzt das Geld der Menschen lockerer. Im Jahr 2022 kam in Deutschland trotz hoher Energiepreise und Inflation erneut eine beträchtliche Spendensumme zusammen. Besonders großzügig zeigten sich jüngere Menschen.

Das Spendenaufkommen in Deutschland steigt seit Jahren. Zuletzt schätzte das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) die Spendensumme für das Jahr 2022 auf 12,9 Milliarden Euro. Allein die Spendenothilfe für Menschen in der Ukraine belief sich laut DZI auf mehr als 1 Milliarde Euro – ehrenamtliches Engagement und kleinere Sachspenden nicht eingerechnet. Traditionell besonders hoch war die Spendenbereitschaft in der Adventszeit: Laut dem Deutschen Spendenrat entfielen 18 Prozent der gesamten Spendensumme 2022 auf den Dezember.

Die IW-Personenbefragung aus dem Frühjahr 2023 gibt nun detailliertere Einblicke in das Spendenverhalten:

Etwa jede zweite Person in Deutschland hat im Jahr 2022 Geld gespendet – das ist ein Plus von mehr als 10 Prozentpunkten verglichen mit 2007.

Jeder dritte Spender griff dabei etwas oder deutlich tiefer in die Tasche als im Jahr 2021. Umgekehrt spendeten nur 15 Prozent einen etwas oder deutlich geringeren Betrag.

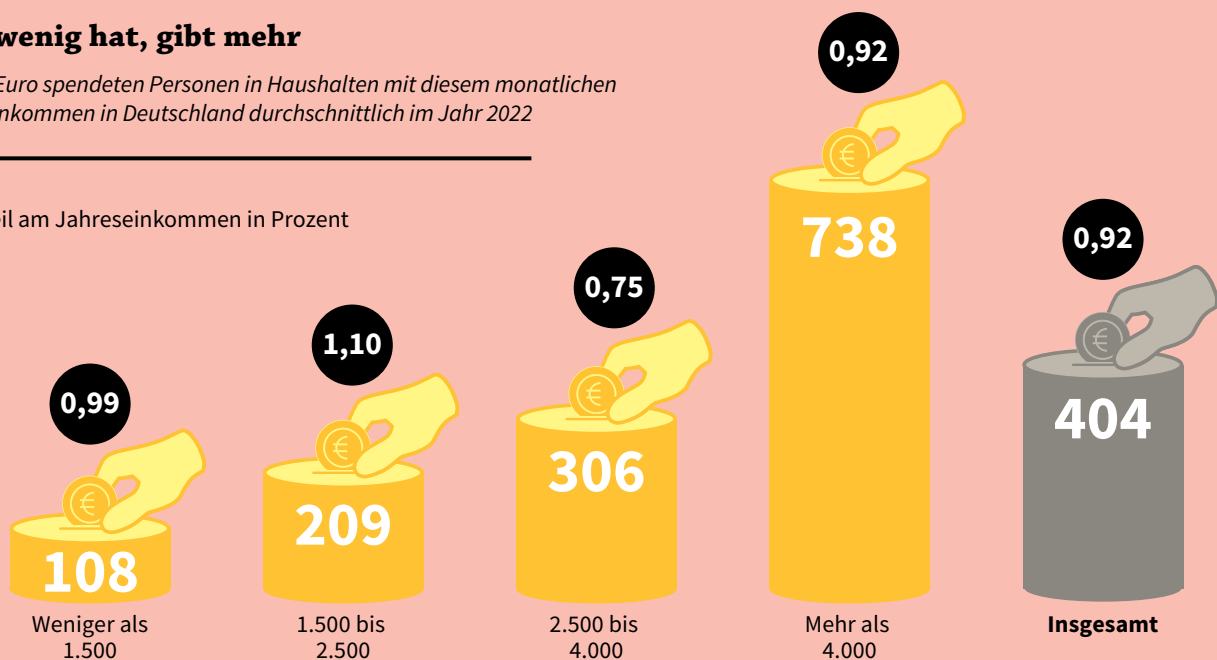
Die Befragungsergebnisse zeigen außerdem: Auch wenn Menschen auf mögliche wirtschaftliche Schwierigkeiten hingewiesen werden und sich zwischen „weniger gespendet, da ich einen geringeren finanziellen Spielraum habe“ und „mehr gespendet, da mehr Menschen bedürftiger sind“ entscheiden müssten, tendiert die Mehrheit dazu, aus Solidarität eine größere Summe zu spenden.

Wie hoch dieser Betrag ist, hängt jedoch nicht nur von der Solidarität, sondern auch vom Einkommen ab. So spendeten Menschen aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro im

Wer wenig hat, gibt mehr

So viel Euro spendeten Personen in Haushalten mit diesem monatlichen Nettoeinkommen in Deutschland durchschnittlich im Jahr 2022

■ Anteil am Jahreseinkommen in Prozent



vergangenen Jahr im Durchschnitt 108 Euro. Spender aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 2.500 und 4.000 Euro gaben mit 306 Euro mehr als doppelt so viel ab.

Relativ zum Einkommen aber zeigten sich die unteren Einkommensklassen am spendabelsten (Grafik Seite 2):

Im Jahr 2022 spendeten Menschen aus Haushalten, deren monatliches Nettoeinkommen unter 1.500 Euro lag, 1,1 Prozent ihres Jahreseinkommens.

Die mit 738 Euro höchste Summe gaben Menschen aus Haushalten mit einem monatlichen Einkommen von mehr als 4.000 Euro ab. Umgerechnet spendeten sie somit 0,92 Prozent ihres Jahreseinkommens. Über alle Haushalte hinweg ergibt sich eine durchschnittliche Spendenhöhe von 404 Euro.

Losgelöst von den Einkommen zeigten sich 2022 vor allem jüngere Menschen großzügig (Grafik):

18- bis 34-Jährige spendeten hierzulande im Jahr 2022 durchschnittlich 638 Euro – mehr als doppelt so viel wie 50- bis 64-Jährige.

Dass Jüngere 2022 im Schnitt so viel mehr von ihrem Geld abgaben als andere Altersgruppen, liegt an einigen wenigen besonders spendablen 18- bis 34-Jährigen. Anders als der Deutsche Spendenrat, der nur Spenden bis 2.500 Euro berücksichtigt, bezieht das IW auch Großspenden bis 30.000 Euro in seine Analyse ein.

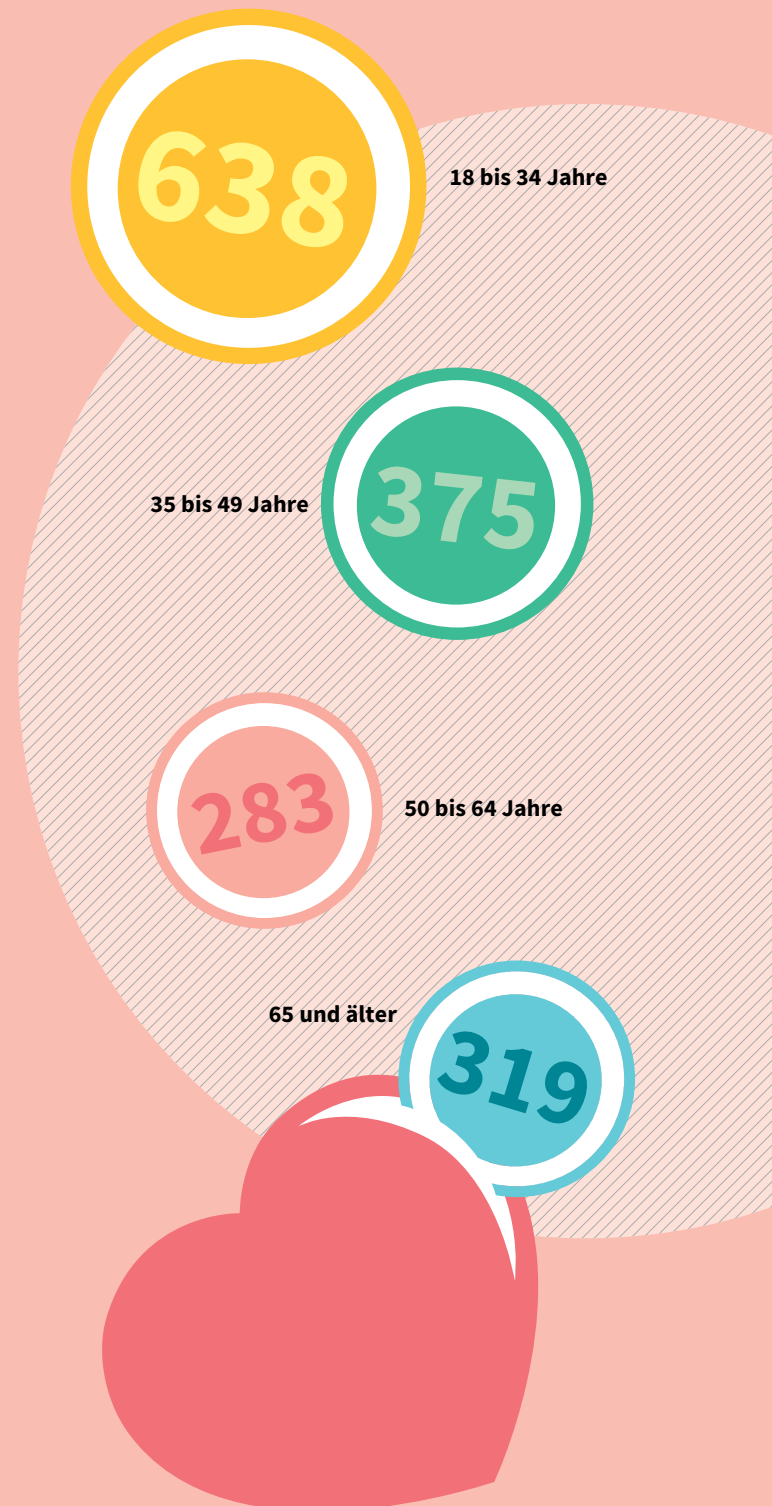
Über Alter und Einkommen hinaus haben sich die Forscher weitere Merkmale angeschaut, die das Spendenverhalten beeinflussen können: So spenden Frauen mit einer um 4,2 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit als Männer. Diese geben wiederum – wenn sie denn spenden – im Schnitt rund 142 Euro mehr für den guten Zweck als Frauen.

Und: Menschen mit Wohnsitz in Westdeutschland spenden eher als Menschen, die in Ostdeutschland leben. Gleiches gilt für Personen mit allgemeiner Hochschulreife im Vergleich zu Personen mit mittlerer Reife.

Eines trifft allerdings auf alle Personen zu – egal ob Frau oder Mann, jung oder alt: Teilen macht glücklich. Verhaltensökonomische Studien zeigen, dass Menschen, die spenden, dadurch sogar zufriedener werden als die Beschenkten. Auch das Umgekehrte gilt: Laut den Berechnungen der IW-Forscher spenden Menschen, die mit ihrem Leben besonders zufrieden sind, deutlich häufiger und mehr als andere.

Spenden: Junge Menschen sind großzügiger

So viel Euro spendeten Personen dieser Altersklasse in Deutschland durchschnittlich im Jahr 2022



IW-Kurzbericht

Matthias Diermeier, Dominik Enste: Spenden – Kleinvieh macht auch Mist

iwkoeln.de/spenden

Personen: nur jene, die gespendet haben
IW-Personenbefragung von 4.899 Bundesbürgern
ab 18 Jahren vom 27. Februar bis zum 6. März 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Interview. **Sirkka Jendis** ist Geschäftsführerin der Tafel Deutschland. Im iwd-Interview erklärt sie, wie die Tafeln mit den teils rückläufigen Lebensmittelspenden und der hohen Zahl nach Deutschland Geflüchteter umgehen.

„Viele Tafeln erhalten weniger Lebensmittel“

Die Tafeln hatten 2022 aufgrund eines geringeren Spendenvolumens seitens des Handels und einer deutlich höheren Nachfrage durch ukrainische Geflüchtete ein schwieriges Jahr. Hat sich diese Entwicklung 2023 fortgesetzt?

Ja, die Lebensmittelspenden sind auch 2023 weiter zurückgegangen. Da wir zwei Seiten einer Medaille sind – also einerseits armutsbetroffenen Menschen helfen und andererseits Lebensmittelverschwendung reduzieren wollen –, begrüßen wir es natürlich, wenn im Handel weniger Lebensmittel auf dem Müll landen. Für die Tafeln vor Ort bedeutet das aber häufig, dass weniger Lebensmittel vorhanden sind. Wenn dann mehr oder zumindest gleich viele Menschen zu den Tafeln kommen, ist für die einzelne Person in der Folge weniger da.

Warum spendet der Handel weniger?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen versucht der Handel,

durch digitale Systeme die Lebensmittel schlicht besser zu disponieren. So bleibt weniger übrig. Zum anderen kamen 2022 mit dem Krieg in der Ukraine Lieferengpässe hinzu, wodurch der Handel selbst weniger zur Verfügung hatte. Außerdem werden Supermärkte bei der Lebensmittelrettung selbst immer kreativer. Ein Beispiel dafür ist die Lidl-Spendenbox. Bei dieser Aktion können Kundinnen und Kunden mehr kaufen, als sie brauchen, und anschließend die Spendenbox befüllen.

Tragen auch Geschäftsmodelle wie Too Good To Go dazu bei, dass der Handel weniger Lebensmittel an die Tafeln abgibt?

Das wissen wir nicht genau. Allerdings hat die Tafel mit vielen Start-ups im Bereich der Lebensmittelverschwendung Kooperationen – sowohl mit Too Good To Go als auch mit Foodsharing. Mit den Start-ups einigen wir uns auf das Prinzip „Tafel first“ mit der Begründung, dass wir im Gegensatz zu den anderen

Organisationen ein sozialer Lebensmittelretter sind. Das funktioniert fast immer sehr gut. Darüber hinaus nimmt zum Beispiel Foodsharing auch häufiger Lebensmittel an, die die Tafeln nicht loswerden.

Die Tafeln haben wegen des höheren Andrangs im Jahr 2022 oft Aufnahmestopps verhängen müssen. Hat sich die Lage 2023 weiter verschärft?

Aus einer Blitzumfrage vom Sommer dieses Jahres wissen wir, dass sich diesbezüglich wenig verändert hat. Aktuell führt etwa ein Drittel der Tafeln eine Warteliste oder hat einen temporären Aufnahmestopp verhängt.

Sind auch 2023 die Lebensmittelerationen für diejenigen, die zur Tafel kommen, kleiner geworden?

Das kann man nicht verallgemeinernd für alle Tafeln sagen. Es gibt allerdings eine Tendenz dahin, dass es für die einzelne Person weniger wird. Ich habe trotzdem das Gefühl, dass die Tafeln durch kreative



Foto: Tafel Deutschland/Navinafotografiert

Konzepte einigermaßen gut mit der gestiegenen Zahl armutsbetroffener Menschen umgehen können. Wobei auch klar erwähnt werden muss, dass die zum größten Teil ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer vor Ort an ihren physischen und psychischen Belastungsgrenzen sind.

Sie sprechen von kreativen Konzepten der Tafeln. Welche sind das?

Dazu zählt beispielsweise, dass Personen nur alle zwei Wochen kommen oder kleinere Pakete erhalten, bestimmte Ausgabestellen an manchen Tagen nur für bestimmte Gruppen – zum Beispiel Familien – öffnen oder Ausgabestellen ihre Öffnungszeiten generell anpassen.

Reicht das Essen denn dann für alle? Oder müssen Menschen in Deutschland hungern?

Hierzulande von „Hungern“ zu sprechen, finde ich im Vergleich zu anderen Regionen der Welt schwierig. Wir stellen aber fest, dass die Tafel für immer mehr Menschen zur

Notwendigkeit wird. Sie ist also oft mehr als eine Unterstützung, die armutsbetroffenen Menschen den Alltag ein wenig erleichtert und es ermöglicht, dass Geld für den Kinobesuch oder den Schulausflug übrig bleibt.

Ab Januar steigt das Bürgergeld. Werden dann weniger Menschen zu den Tafeln gehen?

Ich erwarte dadurch keine große Veränderung. Es ist gut, dass das Bürgergeld steigt, aber es ist nicht krisenfest und ändert nichts an der Situation derer, die arbeiten und trotzdem zur Tafel kommen, weil sie nicht genug verdienen.

Sie fordern als Dachverband der mehr als 970 Tafeln in Deutschland schon seit Langem staatliche Unterstützung. Warum und wofür?

Vor allem bei der Lebensmittelretention fordern wir Unterstützung vom Staat. Konkret: in puncto Logistik und der Kooperation mit Herstellern. Immerhin hat sich die Politik das Ziel gesetzt, die Lebensmittelverschwen-

dung bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren. Wir glauben nicht, dass das bis dahin funktionieren wird.

Die Bekämpfung von Armut ist für uns Aufgabe der Politik, da unterstützen wir nur und stehen für Themen wie die Kindergrundsicherung oder armutsfeste Löhne ein.

Aktuell wird die Lage – mehr armutsbetroffene Menschen, weniger Lebensmittelspenden, Belastung im Ehrenamt – allerdings eher auf den Schultern von sozialen Organisationen wie uns ausgeglichen.

In der Vorweihnachtszeit spenden Menschen für gewöhnlich besonders viel. Bemerken Sie das auch in Ihrer Organisation?

Ja, auch bei uns ist das letzte Quartal das stärkste – allen voran der Dezember. In der Adventszeit 2022 haben vor allem die privaten Geldspenden zugenommen – eine frohe Botschaft, die, wie ich finde, zeigt, dass wir als Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten solidarisch miteinander umgehen.

Jobs für die Zukunft

Künstliche Intelligenz. Immer mehr Unternehmen in Deutschland wollen Fachkräfte mit KI-Expertise einstellen. In welchen Bereichen besonders viele Spezialisten gesucht werden, zeigt eine Studie des IW für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Künstliche Intelligenz (KI) verändert gerade in rasantem Tempo die Arbeitswelt: In vielen Unternehmen ist KI bereits fester Bestandteil der Arbeitsprozesse – sei es als Chatbot im Kundenservice, als Industrieroboter oder bei Produktempfehlungen, die auf dem Suchverhalten der Kunden basieren.

Richtig eingesetzt, kann KI enorme Kosten sparen und sogar dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenwirken – doch hierfür braucht es in den Firmen die nötige Expertise: Die gesuchten Spezialisten müssen KI an die Unternehmen anpassen, die Technik verbessern und praktisch anwenden können.

Im ersten Quartal 2023 erschienen in sieben Einsatzbereichen – diese reichen von Big Data und Business Intelligence bis zur Fahrassistenz – jeweils mehr als

1.000 KI-Stellenanzeigen auf den Jobportalen Stepstone und Xing sowie bei der Bundesagentur für Arbeit. Weil sich die Berufsfelder überschneiden, entfällt ein beträchtlicher Teil der KI-Stellenanzeigen auf mehrere Einsatzbereiche.

Die meisten Unternehmen in Deutschland suchen Fachkräfte, die große Datenmengen KI-basiert analysieren und daraus geschäftsrelevante Entscheidungen ableiten (Grafik):

Im ersten Quartal 2023 waren rund 72 Prozent der KI-Stellenanzeigen im Bereich Big Data und Business Intelligence ausgeschrieben.

Jeder dritte KI-Experte wird in der Beratung gesucht, knapp über 10 Prozent jeweils in der Forschung und Wissenschaft, Robotik und Fahrassistenz. Seltener brauchen die Unternehmen neue KI-Experten in der Bild- oder Sprachverarbeitung.

Dass sich die Suche nach KI-Fachkräften schwierig gestaltet, zeigt sich daran, dass einige Jobangebote bereits mehrmals in der Vergangenheit veröffentlicht wurden – besonders im IT-Bereich bleiben zahlreiche Stellen unbesetzt.

Der Bedarf wächst indes immer weiter:

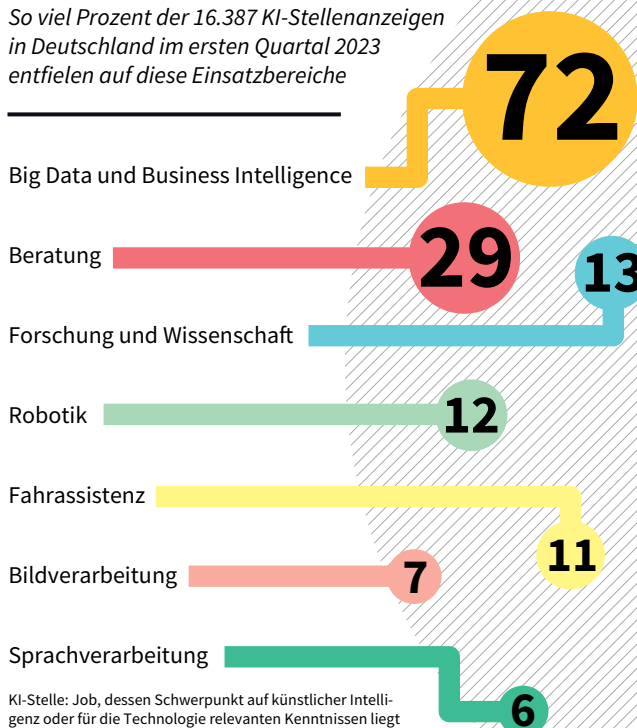
Zwischen 2019 und 2023 ist die Nachfrage nach KI-Experten – unabhängig vom Fachgebiet – um rund 50 Prozent gestiegen.

Die Unternehmen beschränken ihre Suche nicht auf deutsche Bewerber, die Stellenanzeigen sollen vielmehr auch Fachkräfte aus dem Ausland ansprechen. Deshalb sind die meisten Jobangebote auf Englisch verfasst.

Vor allem international tätige Firmen suchen aktuell neue Beschäftigte mit KI-Kompetenzen für ihre Standorte in und außerhalb der Bundesrepublik.

KI-Jobs: Wo Expertise gesucht wird

So viel Prozent der 16.387 KI-Stellenanzeigen in Deutschland im ersten Quartal 2023 entfielen auf diese Einsatzbereiche



KI-Stelle: Job, dessen Schwerpunkt auf künstlicher Intelligenz oder für die Technologie relevanten Kenntnissen liegt

Big Data und Business Intelligence: Analyse von Unternehmensdaten und geschäftsrelevanten Entscheidungen

Mehrfachzuordnungen möglich

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz,

Textkernel, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2023 IW Medien / iwd

Gutachten

Jan Büchel, Jan Engler, Armin Mertens: KI-Einsatzbereiche in Deutschland, Gutachten im Projekt „Entwicklung und Messung der Digitalisierung der Wirtschaft am Standort Deutschland“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz
iwkoeln.de/ki-stellenanzeigen

Wenn Arbeit plötzlich schwerer fällt

Long Covid. Menschen, die an Long Covid erkrankt sind, spüren die negativen Auswirkungen der Symptome oftmals in ihrem Arbeitsalltag. Für Unternehmen ist es deshalb wichtig, betroffene Arbeitnehmer mit passenden Angeboten zu unterstützen.

Viele Menschen sind infolge einer Coronainfektion an Long Covid erkrankt und leiden unter verschiedenen Langzeitfolgen wie starker Erschöpfung, kognitiven Problemen oder Kurzatmigkeit. Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, dass in den ersten drei Jahren nach Ausbruch der Pandemie etwa 36 Millionen Menschen in Europa davon betroffen waren – darunter viele, die mitten im Berufsleben standen oder stehen.

Um herauszufinden, inwiefern die Krankheitssymptome Beschäftigte in Deutschland im Job belasten, hat das IW im Rahmen des Projekts REHADAT im Herbst 2022 rund 1.500 Erwerbstätige mit Long Covid befragt. Das Ergebnis: 94 Prozent fühlen sich durch die Symptome in ihrem Berufsalltag beeinträchtigt. Das äußert sich auf unterschiedliche Weise (Grafik):

Rund acht von zehn Beschäftigten mit Long Covid können nicht mehr so konzentriert arbeiten wie zuvor, drei Viertel beklagen, nun weniger zu schaffen.

Mehr als 50 Prozent der Befragten geben zudem an, dass ihnen komplexe Aufgaben oder körperlich anstrengende Tätigkeiten schwerer fallen.

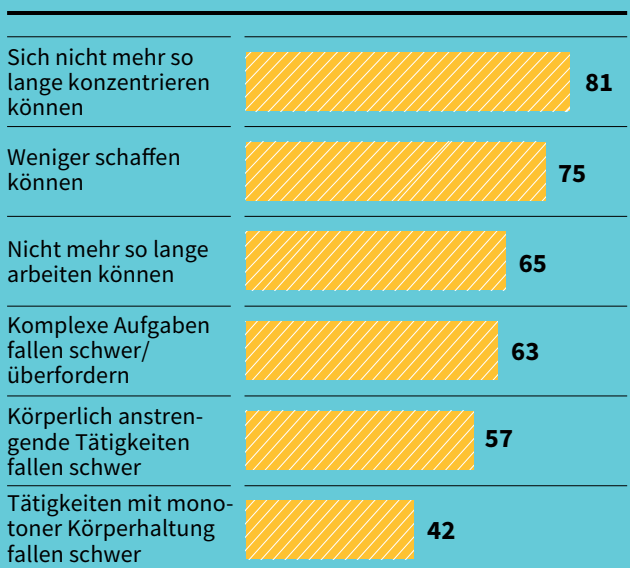
Zum Zeitpunkt der Befragung waren 55 Prozent der Teilnehmer – teils erneut – krankgeschrieben, knapp ein Drittel arbeitete nach Arbeitsunfähigkeit wieder. Die durchschnittliche Abwesenheitsdauer aller Befragten lag bei fast sieben Monaten.

Umso wichtiger ist es, dass Unternehmen die Arbeitnehmer nach längerem Ausfall bei der Rückkehr in den Arbeitsalltag unterstützen. Helfen kann dabei das betriebliche Eingliederungsmanagement. Im Zuge dessen können Arbeitgeber und -nehmer zum Beispiel eine stufenweise Wiedereingliederung, besser bekannt als Hamburger Modell, vereinbaren. Dabei werden Arbeitszeit und -belastung schrittweise gesteigert, während die Betroffenen weiterhin krankgeschrieben sind und Kranken-, Übergangs- oder Verletztengeld erhalten. Drei Viertel der von REHADAT Befragten, die dieses Modell in Anspruch nahmen, bewerteten es als hilfreich.

Um erneute Ausfallzeiten zu vermeiden und die berufliche Teilhabe der Beschäftigten langfristig zu sichern, sollten Unternehmen zudem die Arbeit gemeinsam mit den Rückkehrern an deren jeweilige Bedürfnisse anpassen. Ansatzpunkte wären unter anderem, die Arbeits- und Pausenzeiten zu flexibilisieren, Aufgaben zu verändern oder den Mitarbeitern die Wahl des Arbeitsorts zu überlassen – zum Beispiel im Homeoffice.

Long Covid: Die Folgen im Berufsleben

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland mit Long Covid fühlen sich dadurch in dieser Weise in ihrem Beruf beeinträchtigt



Befragung von 1.457 Beschäftigten mit Long Covid vom 30. August bis zum 15. Oktober 2022; monotone Körperhaltung: z. B. langes Sitzen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Aus IW Trends 4/2023

Mareike Decker, Carolin Fulda, Maisun Lange: Arbeiten mit Long COVID – Auswirkungen und Möglichkeiten der Arbeitsgestaltung

iwkoeln.de/long-covid

Bauen im Blindflug

Immobilien. Die Bundesregierung will jedes Jahr 100.000 neue Sozialwohnungen bauen, obwohl sie nicht weiß, wie hoch der tatsächliche Bedarf für diese Wohnform ist. Da die Politik das selbst gesteckte Ziel deutlich verfehlt, sollte sie zumindest die voranschreitende Dezimierung der gebundenen Mietwohnungen stoppen.

Wer nur ein geringes Einkommen hat, einen ausländischen Nachnamen trägt oder seine Kinder allein erzieht, hat häufig Schwierigkeiten, eine bezahlbare Mietwohnung zu finden. Für diejenigen, die auf Unterstützung in puncto Wohnen angewiesen sind, gibt es deshalb die soziale Wohnraumförderung in Deutschland. Seit 2006 liegt der soziale Wohnungsbau in der Hand der Bundesländer, allerdings be-

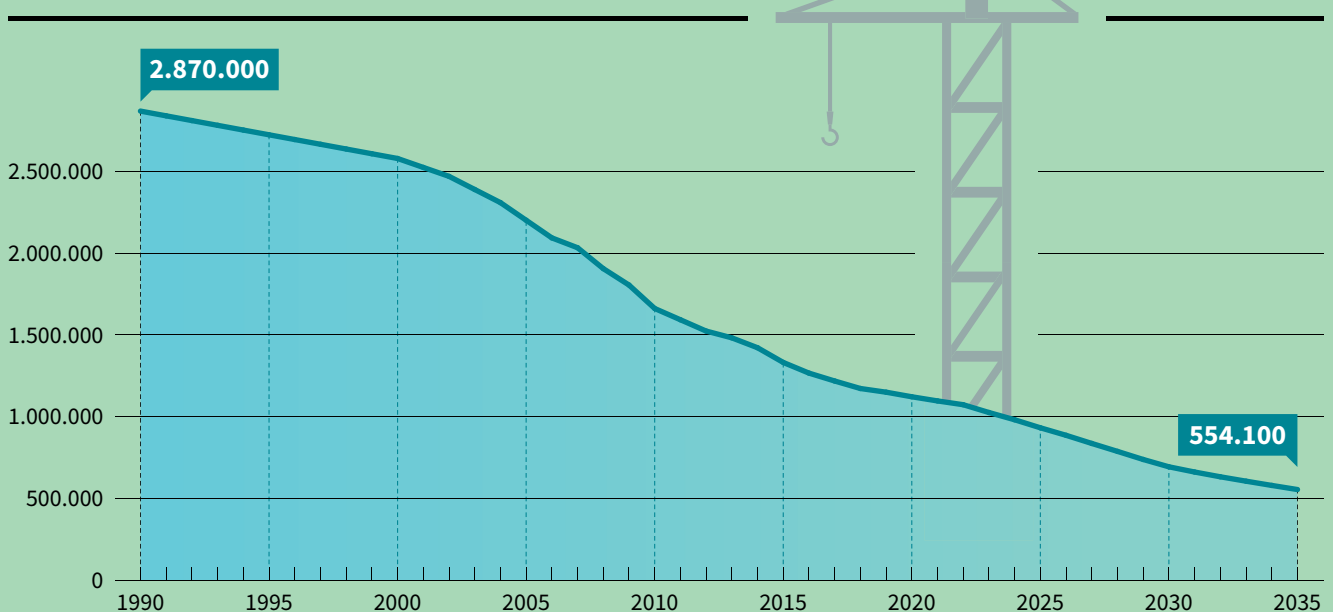
schusst der Bund den Bau von Sozialwohnungen mit hohen Summen. Seit 2006 beliefen sich die jährlichen Kompensationszahlungen des Bundes auf rund 518 Millionen Euro, für die Jahre 2022 bis 2026 wurden die Finanzhilfen deutlich erhöht: auf jährlich 2,9 Milliarden Euro.

Obwohl der soziale Wohnungsbau eine staatliche Angelegenheit ist, gibt es keine amtliche Statistik, die

den exakten Bestand an Sozialwohnungen oder gar den konkreten Bedarf für dieses Wohnungskonzept quantifiziert. Grundsätzlich können nur solche Personen Sozialwohnungen mieten, die aus Sicht der Behörden bedürftig sind und einen Wohnberechtigungsschein vorweisen können. Vermieter müssen diesen Wohnraum, für dessen Errichtung sie staatliche Zuschüsse erhalten, für einen festgelegten Zeitraum – in der

Sozialwohnungen: Der Bestand schrumpft

Zahl der Sozialmietwohnungen in Deutschland

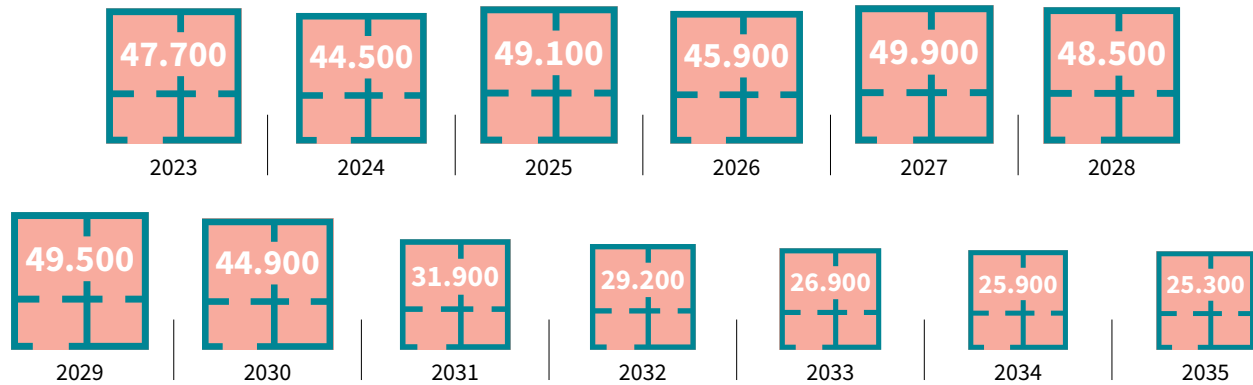


Ab 2023: prognostizierter Bestand ohne neu abgeschlossene Verträge
Sozialmietwohnungen: Mietwohnungen mit Miet- und Belegungsbindung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Neue Sozialwohnungen: Der Ersatzbedarf

So viele neue Sozialmietwohnungen bräuchte es jedes Jahr in Deutschland, um den Bestand aus dem Jahr 2022 zu halten



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Regel 30 Jahre lang – besonders günstig vermietet. Erst nach Ablauf dieser Frist können diese Wohnungen dann teurer vermietet werden – und zählen folglich nicht mehr zum Sozialwohnungsbestand.

Das IW hat diesen Bestand für die vergangenen 30 Jahre in allen Bundesländern abgefragt (Grafik):

Nach den vom IW ausgewerten Zahlen der Länder ist der Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland von annähernd 2,9 Millionen im Jahr 1990 auf knapp 1,1 Millionen im Jahr 2022 gesunken.

Zwischen 1990 und 2002 nahm der Bestand noch relativ moderat ab, nämlich um rund 33.000 Sozialwohnungen pro Jahr. Anschließend ging das Angebot an gebundenen Mietwohnungen bis zum Jahr 2022 mit einem Minus von jährlich 74.000 deutlich schneller zurück. Bis 2030 dürfte der Bestand weiter schrumpfen, dann allerdings nur noch um jährlich etwa 50.000 Wohnungen, von denen sich besonders viele in Nordrhein-Westfalen befinden.

Und wie sieht es mit dem Bedarf an günstigem Wohnraum aus? Während die Politik früher bei der

Wohnraumförderung vorrangig auf die sogenannte Objektförderung, also den Bau von Sozialwohnungen gesetzt hat, fokussiert sie seit Ende der 1990er Jahre auf die Subjektförderung, sprich: die direkte Förderung von bedürftigen Haushalten. Es werden nun also in erster Linie diejenigen Personen unterstützt, die ein Problem haben, auf dem freien Wohnungsmarkt eine für sie bezahlbare Mietwohnung zu finden – sei es aufgrund eines niedrigen Einkommens und geringen Vermögens oder anderer Faktoren bis hin zu Diskriminierungstatbeständen.

Die Bundesregierung hat als politisches Ziel den Bau von 100.000 neuen Sozialwohnungen pro Jahr in Deutschland ausgerufen. Im Jahr 2022 entstand schätzungsweise bundesweit nur ein Viertel davon. Ob das ausreichend oder zu wenig ist, lässt sich nicht beurteilen, da die Wohnraumversorgung regional höchst unterschiedlich ausfällt. Auch kommt ein Teil der neuen Sozialwohnungen nur einer kleinen Zielgruppe zugute – so dürfen etwa in geförderten Wohnungen im Bereich des studentischen Wohnens nur immatrikulierte Studierende einziehen.

Da sich der tatsächliche Bedarf an Sozialmietwohnungen also nicht exakt quantifizieren lässt, sollte die Politik keine unrealistischen Ziele formulieren. Glaubwürdiger wäre es vielmehr, wenn sich die Politik auf den Erhalt des aktuellen Bestands an geförderten Wohnungen konzentrieren würde. Allein der Ersatzbedarf würde weit mehr Bautätigkeit erfordern, als zuletzt an neuen Sozialwohnungen entstanden ist (Grafik):

Um den Bestand der Sozialmietwohnungen aus dem Jahr 2022 zu halten, hätten bundesweit allein in diesem Jahr knapp 48.000 neue geförderte Mieteinheiten entstehen müssen.

Bis 2030 wäre der Ersatzbedarf jedes Jahr ähnlich hoch, erst 2031 würde er langsam sinken. Im Jahr 2035 wäre dann nur noch der Bau von rund 25.000 neuen Wohnungen erforderlich, um den Bestand von knapp 1,1 Millionen Sozialmietwohnungen zu erhalten.

IW-Kurzbericht 87/2023

Philipp Deschermeier, Anna-Maria Hagenberg, Ralph Henger: Wie groß ist der Bedarf an neuen Sozialwohnungen?

iwkoeln.de/sozialwohnungen

Großer Wettbewerbsnachteil

Industriestrompreise. Die Unternehmen der einzelnen Industriezweige in Deutschland zahlen für Strom unterschiedlich viel. Über alle Branchen hinweg sind die Strompreise aber deutlich höher als in wichtigen Konkurrenzländern.

Nach wie vor ist die Industrie ein starker Pfeiler der deutschen Wirtschaft – sie steuert mehr als ein Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei. Rechnet man die von ihr abhängigen Dienstleistungsbereiche hinzu, geht sogar fast jeder dritte in Deutschland erwirtschaftete Euro auf die Industrie zurück.

Die ist seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine allerdings in Teilen massiv unter Druck: Die durch den Krieg ausgelöste Energiekrise hat vor allem jene Industriebranchen hart getroffen, die in hohem Umfang Energiegüter verbrauchen. Die Folge:

Die Produktion der energieintensiven Industrien in Deutsch-

land lag zuletzt um fast 20 Prozent unter dem Niveau von Anfang 2022, also vor Kriegsbeginn.

Zwar entlastet der deutsche Staat viele Industrieunternehmen je nach Branche und Energieintensität bereits mit Maßnahmen wie einer reduzierten Stromsteuer. Die Regelungen begünstigen die Betriebe in den einzelnen Branchen jedoch sehr unterschiedlich, sodass die Industriestrompreise stark variieren – um teils mehr als 100 Euro je Megawattstunde.

Vor allem aber sind die Strompreise hierzulande trotz der staatlichen Unterstützung deutlich stärker gestiegen als im Ausland. Im Jahr 2019 kostete Strom für die meisten

industriellen Verbraucher in Deutschland oft noch ähnlich viel wie in wichtigen Konkurrenzländern. Aktuell sieht dies ganz anders aus (Grafik):

Im Fahrzeugbau etwa zahlen Unternehmen in Deutschland mit 190 Euro je Megawattstunde gut doppelt so viel für Strom wie ihre Wettbewerber in China und fast dreimal so viel wie vergleichbare Firmen in den USA.

Aber auch gegenüber der Konkurrenz aus Spanien hat Deutschland in mehreren Industriebranchen das Nachsehen – für die hiesigen Autohersteller beispielsweise beträgt der Kostennachteil fast 60 Euro je Megawattstunde.

Die Bundesregierung hat vor Kurzem ein Strompreispaket angekündigt, um gegen weiter steigende Energiekosten der Industriefirmen anzugehen. Doch bis auf die Stromsteuersenkung stehen alle angedachten Maßnahmen angesichts der unsicheren Haushaltslage derzeit auf der Kippe. Ein geplanter milliarden-schwerer Zuschuss zu den Netzentgelten wurde bereits gestrichen. Die Wettbewerbssituation der deutschen Industriebetriebe dürfte sich daher vorerst kaum verbessern.

Industriestrompreise sind in Deutschland besonders hoch

Geschätzter durchschnittlicher Strompreis für beispielhafte Unternehmen dieser Branchen im Jahr 2023 in Euro je Megawattstunde

	Stahlerzeugung	Zementherstellung	Glaserstellung	Fahrzeugbau
Deutschland	78,9	124,3	153,1	190,0
Spanien	89,5	98,4	114,3	132,2
USA	56,5	56,6	64,8	68,5
China	40,6	82,6	89,0	89,4

Strompreis: für Deutschland unter Berücksichtigung der gewährten staatlichen Entlastungen wie Strompreiskompensation, reduzierte oder erlassene Stromsteuer etc.;

Branchen: Auswahl nach unterschiedlichen Stromverbräuchen und Entlastungstatbeständen in Deutschland – für ein Unternehmen der Stahlerzeugung wurde ein Jahresverbrauch von 4.500 Gigawattstunden unterstellt, für die Zementherstellung 400 Gigawattstunden, für die Glaserstellung 10 Gigawattstunden und für den Fahrzeugbau 0,8 Gigawattstunden

Spanien: als Vergleichsland wegen des dortigen starken Ausbaus der erneuerbaren Energien herangezogen; USA: Vergleichsregion Texas; China: Vergleichsregionen Innere Mongolei und Guangdong

Quellen: Aurora Energy Research, Boston Consulting Group, Bundesverband der Deutschen Industrie, Eikon, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Gutachten

Cornelius Bähr et al.: Industrie unter Spannung – Deutsche Strompreise im internationalen Vergleich
iwkoeln.de/industriestrompreise

Austritte gehen ins Geld

Kirchensteuer. Die katholische und die evangelische Kirche in Deutschland kämpfen mit einem Mitgliederschwund. Das wirkt sich auf die Finanzen aus – ebenso wie die Demografie in Deutschland.

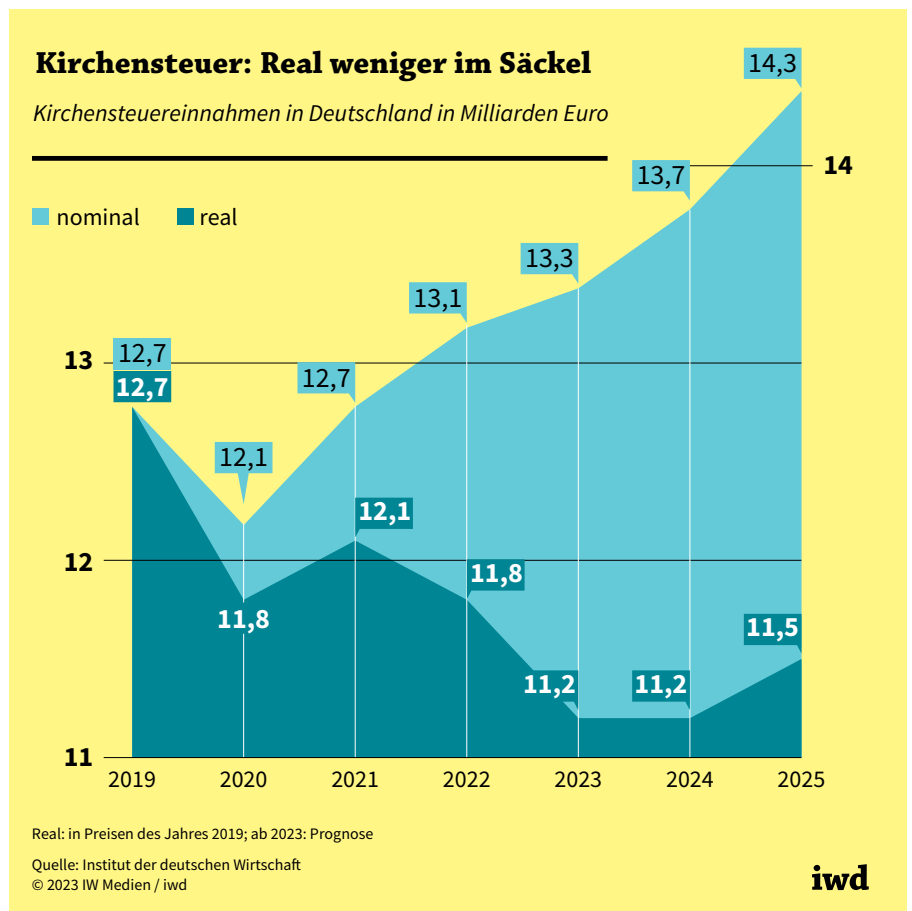
Hunderttausende Bundesbürger haben sich in diesem Jahr auf den Weg zum Amtsgericht oder zum Standesamt gemacht – um aus der Kirche auszutreten. Der Trend der vergangenen Jahre setzte sich damit auch 2023 fort. Rund 900.000 Menschen haben die Kirche in diesem Jahr verlassen. Die Austritte verteilen sich nahezu gleichmäßig auf Katholiken und Protestanten.

Seit dem Jahr 2019 ist die Zahl der Kirchenanhänger in Deutschland von 43,3 Millionen auf 39,2 Millionen gesunken. Derzeit verzeichnet die katholische Kirche noch knapp 20,5 Millionen Mitglieder, in der evangelischen Kirche sind 18,7 Millionen Menschen registriert.

Für beide Kirchen hat die Austrittswelle finanzielle Folgen, denn jeder Gläubige weniger bedeutet auch weniger Kirchensteuer. Berechnungen des IW zeigen (Grafik):

Zwar nehmen die Kirchen in Deutschland in diesem Jahr mit knapp 13,3 Milliarden Euro 1,5 Prozent mehr ein als 2022. Inflationsbereinigt haben sie aber rund 5 Prozent weniger als im Vorjahr.

Im Vergleich zu 2019 sind die realen Einkünfte der Kirchen von knapp 12,7 auf 11,2 Milliarden Euro gesunken. Nominal schätzt das IW für das laufende Jahr die Einnahmen der katholischen Kirche auf rund 7 Milliarden Euro, die evangelische Kirche nimmt etwa 6,3 Milliarden Euro ein.



Zusätzlich zum Mitgliederschwund belastet die alternde Gesellschaft in Deutschland die Finanzen der Kirchen. Immer mehr Gläubige gehen in Rente. Sie zahlen dann weniger Steuern als im Erwerbsleben und somit auch weniger Kirchensteuer, die an die Lohn- und Einkommensteuer gekoppelt ist.

Die finanzielle Negativspirale für die Kirchen könnte sich in den kommenden Jahren etwas abschwächen, wenn sich die Löhne an die

Inflation anpassen. Das IW rechnet daher mit leicht steigenden realen Einnahmen bis 2025.

Langfristig ist jedoch nicht zu erwarten, dass die Kirchenfinanzen nochmals große Sprünge nach oben machen, im Gegenteil: Durch die Altersstruktur der Gläubigen – jeder Fünfte ist älter als 70 Jahre – und den fehlenden Nachwuchs dürften die Glaubensgemeinschaften weiter schrumpfen. Für die Kirchen bedeutet das: Sie müssen stärker sparen.

Hausaufgaben für die Politik

Bildung. Deutschland hat in der neuen PISA-Studie erschreckend schlecht abgeschnitten. Damit das deutsche Bildungssystem wieder erfolgreich wird, braucht es umfangreiche Investitionen. IW-Berechnungen zeigen: Es fehlt an allen Ecken und Enden – unter anderem in Kitas, bei der Ganztagsbetreuung in Schulen und bei den Lehrkräften.

Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften: In diesen drei Bereichen hat die OECD im Frühjahr 2022 deutschlandweit rund 6.100 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren für die PISA-Studie getestet – die zum achten Mal durchgeführt wurde. Nun hat die Organisation den erschreckenden Befund veröffentlicht: Die Jugendlichen in Deutschland haben im internationalen Leistungsvergleich ihr bisher schlechtestes Ergebnis erzielt und liegen in den drei Teilbereichen im Vergleich der OECD-Staaten jeweils

zwischen Rang 17 und 21. In allen drei Kategorien erzielten sie die niedrigsten Werte, die jemals für Deutschland im Rahmen der Studie gemessen wurden. Auch in den meisten anderen OECD-Staaten ist das Bildungsniveau gesunken – die Einbußen in Deutschland sind allerdings überdurchschnittlich groß.

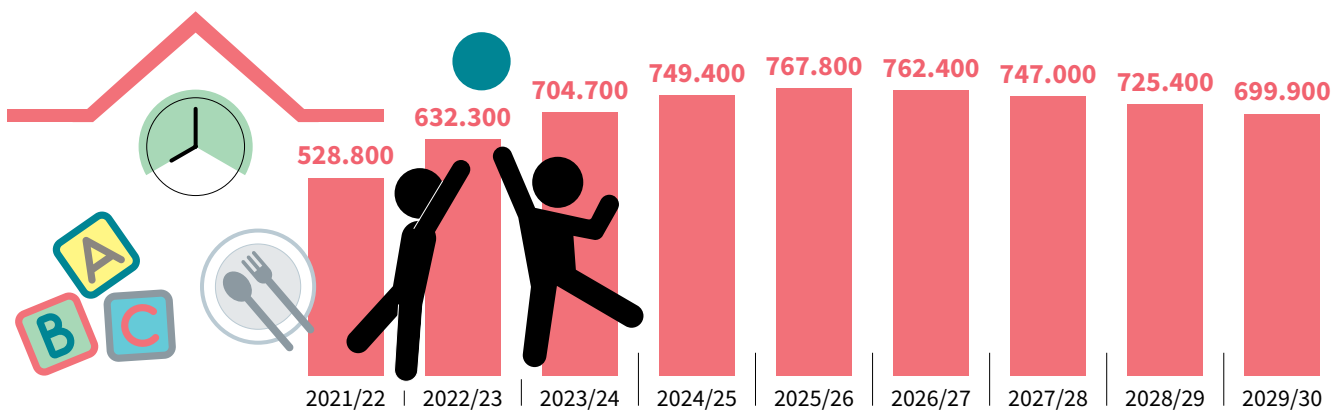
Ein weiterer alarmierender Befund: Der Anteil der Jugendlichen auf der untersten Kompetenzstufe hat hierzulande erneut zugenommen. In kaum einem anderen Land ist der Leistungsunterschied zwi-

schen schwachen und starken Schülern so groß wie in Deutschland. Wesentlicher Grund dafür: Die soziale Herkunft hat in der Bundesrepublik nach wie vor einen großen Einfluss darauf, wie gut Kinder in der Schule abschnitten. Vor allem zugewanderte Kinder haben es aufgrund der Sprachbarriere schwerer, dem Unterricht zu folgen.

Absehbar werden die Probleme noch größer, wenn Deutschland nicht zügig und umfassend in die Bildung investiert und Kinder stärker fördert. So hat das IW berechnet,

Ganztagsplätze: Großer Ausbaubedarf

So viele Plätze in der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern fehlten beziehungsweise müssen bis zu diesen Schuljahren in Deutschland noch geschaffen werden, um den Betreuungsbedarf zu decken



Ab 2023/24: geschätzt unter der Annahme, dass sich in den Bundesländern die jeweiligen Anteile der Grundschulkindern, die einen Platz in der Ganztagsbetreuung benötigen, an allen Grundschulkindern gegenüber 2021/2022 nicht mehr verändern

Quellen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kultusministerkonferenz, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

dass 2023 in Deutschland fast 300.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige fehlten (siehe iwd 23/2023). Dabei ist gerade die frühkindliche Bildung wichtig, um keine Lernrückstände aufkommen zu lassen. An den Grundschulen sieht es nicht besser aus (Grafik Seite 12):

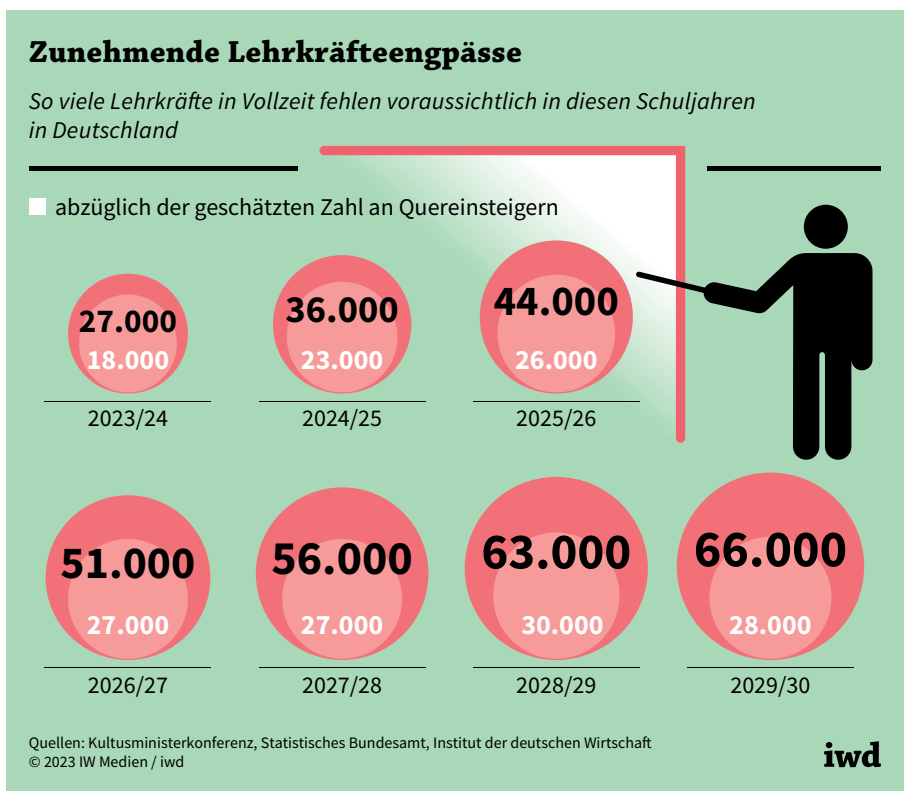
Im Schuljahr 2021/2022 fehlten bundesweit rund 529.000 Ganztagsbetreuungsplätze für Grundschul Kinder.

Zu diesem Zeitpunkt wollten 73 Prozent der Eltern eines Kindes im Grundschulalter die Ganztagsbetreuung nutzen. Für diese etwa 2,2 Millionen Kinder gab es allerdings lediglich knapp 1,7 Millionen Ganztagsplätze – fast jedes vierte Kind, für das ein Platz gewünscht wurde, ging demnach leer aus.

Der vor zwei Jahren von der Bundesregierung beschlossene deutschlandweite Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze an Grundschulen ab dem Schuljahr 2029/2030 dürfte vor diesem Hintergrund kaum zu erfüllen sein. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Zahl der Grundschüler bis 2029 gegenüber heute um rund 8 Prozent wachsen wird. Rein rechnerisch müssten – ausgehend von der momentanen Bedarfsquote – bis dahin nahezu 700.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Ein weiteres Problem des Bildungssektors: Es gibt zu wenige Lehrkräfte. Im Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung sahen im Herbst 2022 rund zwei Drittel der mehr als 1.000 befragten Schulleitungen den Personalmangel als größte Herausforderung. Eine weitere IW-Berechnung zeigt, wie groß die Lücke ist (Grafik):

Umgerechnet in Vollzeitbeschäftigte werden im Schuljahr 2024/25 voraussichtlich 36.000 Lehrkräfte fehlen. Ohne gezielte Maßnahmen könnte die Lücke fünf



Jahre später auf 66.000 Vollzeitkräfte wachsen.

Um den Bedarf zumindest ein Stück weit zu decken, könnten Quereinsteiger helfen. Ausgehend von den Zahlen der vergangenen Jahre könnten zwischen 4.000 und 6.000 von ihnen pro Jahr eine Lehrstelle antreten. Damit würden im Schuljahr 2024/25 nur noch 23.000 Stellen unbesetzt bleiben. Im Schuljahr 2029/30 wären es mit 28.000 freien Stellen kaum mehr – die Lücke wäre also rund 58 Prozent kleiner als ohne Quereinsteige.

Die Politik ist dementsprechend gut beraten, Quereinsteige in den Lehrberuf weiter zu fördern und die Personen durch hochwertige Angebote zur Nachqualifizierung im pädagogischen Bereich fit für den Job zu machen. Außerdem sollten künftig Ein-Fach-Lehrkräfte zugelassen und die Potenziale von zugewanderten Lehrkräften besser genutzt werden.

Was ist in der Bildungspolitik darüber hinaus zu tun? Zentrale

Aufgabe ist es, durch bessere Bildungschancen Ungleichheiten zu reduzieren und die vielen zugewanderten Kinder und ihre Familien besser zu integrieren. Die Kinder brauchen Sprachförderung, Ganztagsangebote und die Möglichkeit, eine Kita zu besuchen. Der Staat sollte auch Mentoring- und Nachhilfeprogramme stärker fördern sowie Elternpartnerschaften und Familienzentren ausbauen. Wichtig ist zudem, das digital gestützte Lernen in der Lehrkräfteausbildung zu verankern und an den Schulen multi-professionelle Teams – unter anderem mit IT-Experten – aufzubauen.

IW-Kurzbericht 84/2023
Wido Geis-Thöne: Noch 700.000 Ganztagsplätze müssen geschaffen werden
iwkoeln.de/ganztagsplaetze

IW-Kurzbericht 89/2023
Christina Anger, Wido Geis-Thöne: Erfolgreiche Bildung für alle braucht gute Rahmenbedingungen
iwkoeln.de/bildungspolitik

Die Krisen schlagen durch

Insolvenzen. Hohe Energiepreise, steigende Zinsen, schwache Konjunktur – in Deutschland müssen sich wieder mehr Unternehmen dem Kostendruck beugen und Insolvenz anmelden. Die vermehrten Pleiten treffen dabei alle Branchen.

Für die deutsche Wirtschaft folgt derzeit eine Krise auf die andere. Zuerst mussten die Unternehmen mit der Coronapandemie zurechtkommen – und dabei teils lange Schließungen und Kurzarbeit überstehen. Anschließend führte der Ukraine-Krieg zu radikal steigenden Energiepreisen. Und nun schwächelt die Konjunktur – unter anderem aufgrund des stark gestiegenen Zinsniveaus infolge der hohen Inflation.

Nicht jedes Unternehmen konnte diese Masse an Herausforderungen

bewältigen, die Zahl der Firmenpleiten wird 2023 daher deutlich über dem Niveau des Vorjahres liegen (Grafik):

Rund 17.400 Unternehmen in Deutschland werden bis Ende des Jahres einen Antrag auf Insolvenz gestellt haben.

Im Vergleich zu 2022 bedeutet das ein Plus von knapp 20 Prozent. Damit ist 2023 das zweite Jahr in Folge mit einer steigenden Zahl an Unternehmensaufgaben – zu berücksichtigen ist dabei die ausgesetzte Insolvenz-

pflcht in den Coronajahren. Und auch für die nahe Zukunft ist aufgrund der kraftlosen Konjunktur mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Zuvor zeigte der Trend lange in die andere Richtung: Gingen in den Jahren 2003 und 2004 jeweils noch mehr als 39.000 Firmen pleite, sanken bis auf einen Ausschlag nach der Banken- und Finanzkrise im Jahr 2009 die Insolvenzen hierzulande sukzessive bis 2020. Insofern stellt die aktuelle Entwicklung auch eine Normalisierung dar.

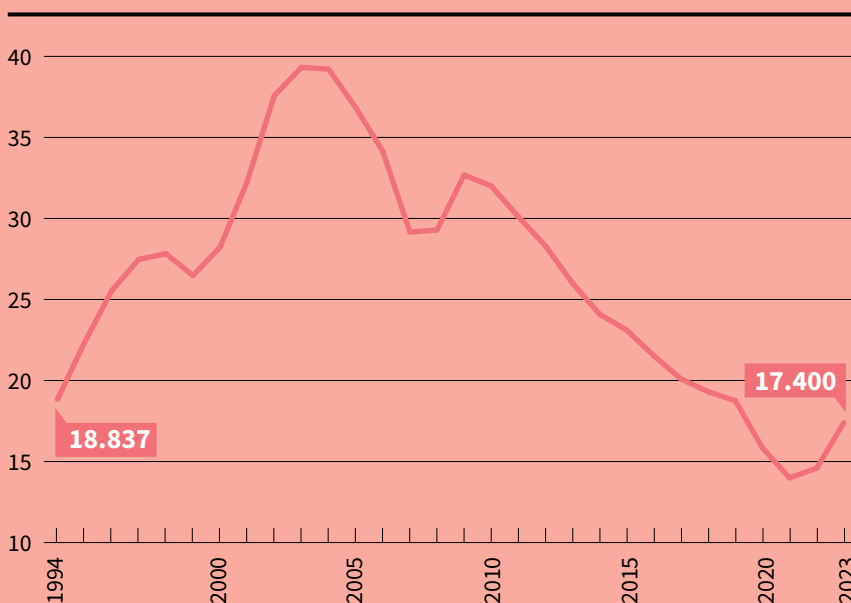
Ein Phänomen, das bereits aus früheren Krisen bekannt ist: In diesem Jahr mussten vor allem größere Unternehmen verstärkt Insolvenz anmelden. So stieg die Zahl der gesamtwirtschaftlich relevanten Firmenpleiten im Juli 2023 um 44 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, im August waren es 40 Prozent. Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Forderungsausfälle aus:

Im ersten Halbjahr 2023 betragen die Gläubigerforderungen aus Unternehmensinsolvenzen rund 13,9 Milliarden Euro – das waren fast 70 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Nicht nur monetär sind Insolvenzen großer Betriebe schmerzhaft – sobald das Insolvenzverfahren eröffnet ist, müssen viele Beschäftigte um ihren Job fürchten. Bis Ende Juni zählte das Statistische Bundesamt 115 Großinsolvenzen. Darunter

Zuletzt mehr Firmenpleiten

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland



2023: geschätzt

Quellen: Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

fallen alle Betriebe mit 100 oder mehr Mitarbeitern. In der Summe waren dort 58.300 Beschäftigte tätig. Traditionell betreffen die größeren Insolvenzfälle häufig die Industrie und den Handel, weil es in diesen Branchen deutlich mehr solcher Großbetriebe gibt.

Grundsätzlich sind nicht alle Wirtschaftszweige in Deutschland gleichermaßen anfällig für Unternehmensaufgaben. Überdurchschnittlich häufig betroffen sind das Baugewerbe, der Handel und der Dienstleistungssektor. Bezogen auf den generellen Anstieg in diesem Jahr sticht derzeit aber kein Sektor hervor (Grafik):

In allen untersuchten Wirtschaftsbereichen steigen die

Insolvenzen 2023 im Vergleich zum Vorjahr.

Am stärksten zugelegt – sowohl absolut als auch prozentual – haben die Pleiten im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Dicht dahinter rangieren die wirtschaftsnahen Dienstleistungen.

Auch wenn Insolvenzen die Beteiligten auf eine schwere Probe stellen, so sind sie für eine dynamische Volkswirtschaft nicht ausschließlich negativ zu bewerten. Unternehmensaufgaben sind Teil des Strukturwandels. So werden Ressourcen und Personal in schrumpfenden Sektoren frei, die in aufstrebenden Wirtschaftsbereichen benötigt werden. Dies gilt in Deutschland besonders für knappe Fachkräfte.

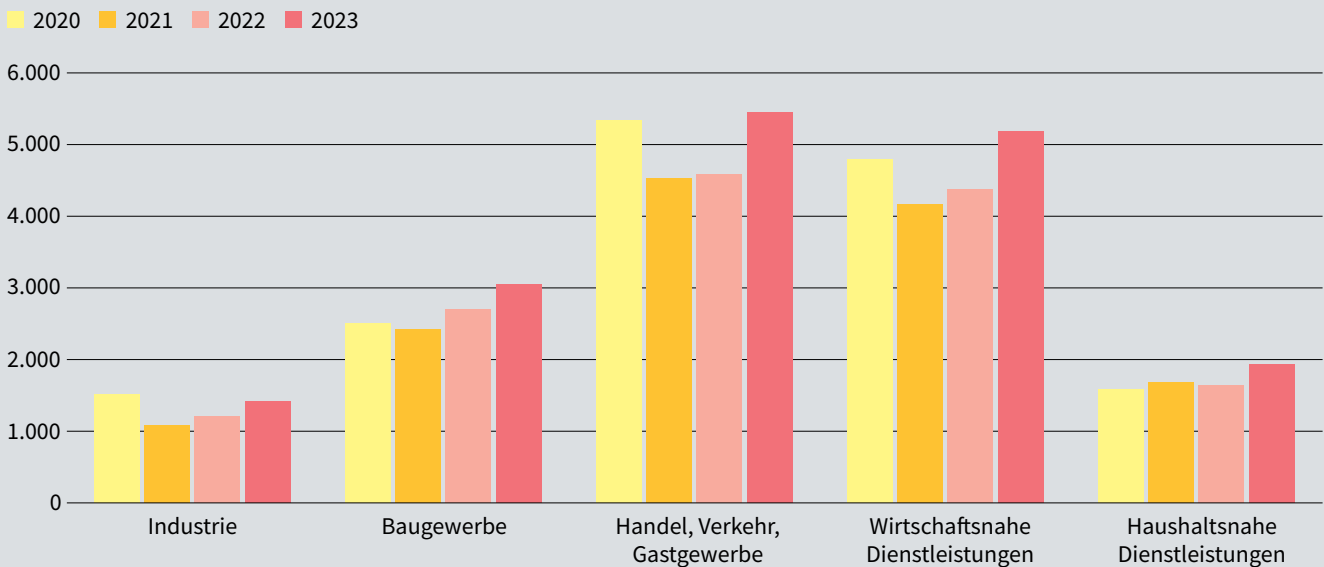
Wichtig für diesen Wandel sind innovative Gründungen. Die Bundesregierung sollte daher die in den vergangenen drei Jahren breit gestreuten staatlichen Hilfen zurückfahren und stattdessen zielgerichtet Firmengründer unterstützen. Einfache und schnelle staatliche Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau und eine investitionsfreundliche Unternehmensbesteuerung sind nur einige Maßnahmen, die der Unternehmenslandschaft in Deutschland guttun würden.

Aus IW-Trends 4/2023

Klaus-Heiner Röhl, Gerit Vogt: Unternehmensinsolvenzen auf dem Weg nach oben
iwkoeln.de/unternehmensinsolvenzen

Insolvenzen: In allen Wirtschaftsbereichen steigend

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland



2023: Hochrechnung basierend auf den Halbjahreszahlen; ohne Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischereiwesen

Quellen: Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



GOGREEN
 Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche

81,8

Milliarden Euro



investierten die deutschen Unternehmen im Jahr 2022 in selbst durchgeführte Forschung und Entwicklung – 8 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor. Die Ausgaben für Forschungsaufträge an Externe erhöhten sich um 4,1 Prozent auf 27,6 Milliarden Euro. Aufgestockt wurde auch das Personal: Umgerechnet in Vollzeitstellen waren mit 505.000 erstmals über eine halbe Million Mitarbeiter in der Forschung tätig – knapp 6 Prozent mehr als im Jahr 2021.

Top-Liste: Arbeitszeit, Lebenszeit

Unglaubliche 90.000 – so viele Arbeitsstunden kommen theoretisch zusammen, wenn man 50 Jahre lang über 45 Wochen zu je 40 Stunden einer bezahlten Tätigkeit nachgeht. Tatsächlich aber arbeitet niemand in der Europäischen Union so viel. Selbst die emsigen Malteser kommen im Durchschnitt auf „nur“ 72.265 Stunden – ein Pensum, das sich aus der mittleren Jahresarbeitszeit (1.881,9 Stunden) und der durchschnittlichen Zahl der Berufsjahre (38,4 Jahre) ergibt. Deutschland belegt im Lebensarbeitszeitrating der EU-Länder mit rund 52.660 Stunden lediglich den vorletzten Platz, was auf die vielen Teilzeitbeschäftigten, die vergleichsweise wenigen Wochenarbeitsstunden von Vollzeitbeschäftigten und die vielen Urlaubs- und Feiertage zurückzuführen ist.

Neu

Neu auf iwd.de:

Firmen sind pessimistisch



Die Unternehmen in Deutschland gehen überwiegend davon aus, dass ihre Geschäfte im Jahr 2024 schlechter laufen werden als 2023 – das zeigt die neue IW-Konjunkturumfrage. Eine Mehrheit der Betriebe erwartet zudem Investitionskürzungen und einen Personalabbau. In welchen Branchen und Regionen die Skepsis besonders groß ist, lesen Sie auf iwd.de/konjunkturumfrage.

Lebensarbeitszeit: Große Unterschiede

So viele Stunden arbeiten die Erwerbstätigen in der EU-27 im Durchschnitt schätzungsweise während ihres Arbeitslebens

1. Malta	72.265
2. Estland	71.331
3. Zypern	71.096
4. Irland	65.285
5. Griechenland	63.935
6. Tschechien	63.845
7. Polen	62.799
8. Portugal	62.784
9. Niederlande	61.646
10. Kroatien	61.540
...	
26. Deutschland	52.662

Stand: 2021
Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen die IW Medien, den Bezugspreis des iwd im Jahr 2024 auf 12,99 Euro pro Monat inklusive Mehrwertsteuer und Versand anzuheben.